

Im Falle Liechtensteins und Deutschlands geht es darum einen Ausgleich zu finden, bzw. das Tätigwerden der anderen Regierung im Streitthema, und zwar im eigenen Sinne, zu erwirken. Hier stehen zwei (politische) Öffentlichkeiten einander gegenüber, die beide im Rahmen ihrer nationalen Interessen einen Ausgleich auf nationaler (Politiker wollen wieder gewählt werden und müssen daher für den Ausgleich innenpolitische Unterstützung finden) wie internationaler Ebene finden wollen und müssen.

Steuerflüchtlinge handeln zunehmend international. Staaten, denen durch die internationalen „Steuroptimierungstaktiken“ ihrer Staatsangehörigen Steuergelder entgehen, handeln daher zunehmend auch international. Natürlich gilt nach wie vor das Prinzip der Nichteinmischung eines Staates in die internen Angelegenheiten eines anderen Staates. Doch zeigen Globalisierung und fortschreitendes Zusammenwachsen des europäischen Wirtschaftsraumes, dass die Welt und insbesondere Europa immer mehr zu einem einzigen politischen und wirtschaftlichen Raum werden. Die Autorin geht daher in vorliegender Arbeit davon aus, dass das Eichhorn-Modell im großen und ganzen – mit Ergänzungen – auch auf staatenübergreifende Kommunikation, insbesondere wenn sie über die Medien geführt wird, angewandt werden kann. Der gegenständliche Fall des LGT-Datenkaufs durch den BND und die Verwendung derselben durch die deutschen Steuerbehörden kann hier auch als beispielhaft für die Internationalisierung angesehen werden.

7.1 Imageschaden oder Chance zur Neupositionierung?

Sechs Monate nach Beginn der Steueraffäre hat Uwe Ritzer in der SZ (5.7.2008, 38) unter dem Titel „Die Fluchtburg bröckelt“ einen treffenden, differenzierten Bericht über die Lage in Liechtenstein abgegeben:

„Der 14. Februar 2008 hat das [...] Fürstentum verändert. [...] Wer ein knappes halbes Jahr später in das Fürstentum reist, um etwaigen Folgen nachzuspüren, landet in einem verunsicherten Land. Es ringt mit sich, weil es am liebsten seine diskreten Geldgeschäfte fortsetzen würde wie vor dem 14. Februar, aber instinktiv spürt, dass das auf Dauer nicht mehr gehen wird. Im alltäglichen Leben in Vaduz spielt der Fall Zumwinkel keine grosse Rolle mehr. Mehr oder minder unbeteiligt nimmt das Fürstenvolk zur Kenntnis, was ihm die Politiker der großen bürgerlichen Koalition alle paar Tage über die von ihnen kontrollierten Zeitungen zurufen: Dass Deutschland unverschämt und selbst schuld sei, weil es miserable Gesetze habe, die jeden vernünftigen Steuerzahler vertreiben.“ (SZ, 5.7.2008, 38)

Die Oppositionsführerin im Liechtensteiner Landtag, Andrea Matt, wird folgendermaßen zitiert: „Nach außen herrscht eine trügerische Ruhe. Aber hinter den Kulissen wird schwer gerungen, wie weit man mit Reformen gehen muss.“

Es bleibt ein gewaltiger Imageschaden für Liechtenstein, den alle relevanten Kräfte in Liechtenstein nicht so schnell wieder herstellen können. Ungeachtet dessen, ob dies nun gezielt herbeigeführt oder einfach sehenden Auges in Kauf genommen wurde, der Imageschaden trifft besonders die seriös wirtschaftenden Bereiche im Land, ebenso wie unbescholtene Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner, die im Ausland auf die Affäre angesprochen und „schief angesehen“ werden. Ganz konkret hat sich zum Beispiel Allianz